



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 6. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Prohlis (SBR Pro/006/2020)

am Montag, 24. Februar 2020,

17:00 Uhr

**im Stadtbezirksamt Prohlis, Bürgersaal,
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Julia Günther

Heike Löffler

Henriette Mehn

Mitglied Liste CDU

Dietmar Haßler

Ralf Leidel

Mario Schmidt

Denny Schneider

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Harald Gilke

Bernhard Kabitzsch

Heinrich Raport

Mitglied Liste DIE LINKE

Dipl.-Ing. Annett Adam

Eva Apfelbaum

Florian Berndt

Mitglied Liste SPD

Dorothee Marth

bis 19:17 anwesend

Mitglied Liste FDP

Gerhard Staudinger

Mitglied Liste Freie Wähler

Jens Genschmar

Barbara Lässig

Abwesend:

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Steffen Hanisch

entschuldigt abwesend

Mitglied Liste SPD

Dr. Samia Härtling

entschuldigt abwesend

Verwaltung:

Herr Porstmann
Frau Thomas
Frau Jahn

GB 7/Amt 67
GB 2/Bildungsbüro
GB 2/Bildungsbüro

Gäste:

Herr Munkelt
Frau Körner

Schriftführerin:

Marion Schröder

Bürgermeisteramt

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|---|---------------------------------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung | |
| 1.1 | Kenntnisnahme der Niederschrift der 4. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Prohlis am 02.12.2019 | |
| 1.2 | Kenntnisnahme der Niederschrift der 5. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Prohlis am 13.01.2020 | |
| 2 | Vorlagen des Stadtbezirksamtes | |
| 2.1 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Prohlis, hier: Kickbox-Training in Dresden-Reick | V-Pro00016/20
beschließend |
| 3 | Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 3.1 | Fortschreibung Kleingartenentwicklungskonzept | V0009/19
beratend |
| 3.2 | Erwerb von Grundstücken in der Gemarkung Reick | V0131/19
beratend |
| 3.3 | Der 3. Dresdner Bildungsbericht | V0072/19
zur Information |
| 4 | Anträge zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 4.1 | Verkehrliche Situation im Lockwitzgrund | A0614/19
beratend |
| 4.2 | Digitalisierung in Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten | A0028/20
beratend |
| 5 | Hinweise und Anfragen der Stadtbezirksbeiräte | |
| 6 | Informationen des Stadtbezirksamtsleiters/Sonstiges | |
| 6.1 | Informationen von der Bürgerversammlung - Spielplatz Leubnitzer Höhe | |
| 6.2 | Bekanntgabe der V-Pro00014/20 - Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Prohlis, hier: Büroausstattung für fabi-Familienbildung im VSP e. V. | |
| 6.3 | Bekanntgabe der V-Pro00015/20 - Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Prohlis, hier: Adventsmarkt in Prohlis-Teilprojekt Kinderkarussell | |

öffentlich

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lämmerhirt begrüßt die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates zur 6. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Prohlis sowie die anwesenden Gäste.

Von 19 Stadtbezirksbeiräten sind 15 Mitglieder des Stadtbezirksbeirates anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt abwesend sind Frau Dr. Härtling und Herr Hanisch.

Er stellt die form- und fristgerechte Zustellung der Einladung fest.

Herr Lämmerhirt nimmt den Tagesordnungspunkt 3.2 – V0131/19 „Erwerb von Grundstücken in der Gemarkung Reick“ wegen Nichtzuständigkeit von der Tagesordnung. Die benannten Flurstücke befinden sich im Stadtbezirksbereich von Blasewitz.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche für die Tagesordnung vor. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Herr Schneider und Herr Berndt erscheinen zur Sitzung und somit sind 17 stimmberechtigte Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Frau Löffler und Herr Raport prüfen und gegenzeichnen.

1.1 Kenntnisnahme der Niederschrift der 4. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Prohlis am 02.12.2019

Die Niederschrift der 4. Sitzung vom 02.12.2019 wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Es werden keine Einwände vorgebracht.

1.2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 5. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Prohlis am 13.01.2020

Die Niederschrift der 5. Sitzung vom 13.01.2020 wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Es werden keine Einwände vorgebracht.

2 Vorlagen des Stadtbezirksamtes

2.1 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Prohlis, hier: Kickbox-Training in Dresden-Reick

**V-Pro00016/20
beschließend**

Herr Lämmerhirt stellt die Vorlage vor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Herr Staudinger, Herr Gilke, Frau Adam, Herr Schneider, Frau Günther** und **Herr Raport**.

Herr Lämmerhirt geht auf die Fragen ein. Ob bei Auslaufen des Projektes zum Jahresende andere Geldquellen zur Verfügung stehen, könne nicht gesagt werden. Da in der Stadtbezirksförderlinie keine institutionelle Förderung möglich ist, bestehe immer die Schwierigkeit bei Angeboten, die nicht nur jährlich angeboten werden, dass diese nicht weitergeführt werden können. Es liegen keine Angaben vor, wie oft das Kickbox-Training stattfindet. Mit der vorliegenden Vorlage gehe es um das spezielle Angebot des Kickbox-Trainings im Wohngebiet am Koitschgraben, welches gefördert werden soll. Es gehe nicht um die auf der Internetseite aufgezeigten Trainingsangebote. Seitens der Quartiersmanagerin werde das Angebot auch gefördert und unterstützt. Im letzten Jahr haben zwischen 15 und 22 Kinder und Jugendliche das Angebot genutzt.

Herr Gilke möchte wissen, ob ein Vertreter des Vereins anwesend ist. **Herr Lämmerhirt** verneint dies. Der Verein sei eingeladen gewesen, konnte sich den Termin aber leider nicht einrichten. **Herr Gilke** findet Projekte, welche Sozialschwache unterstützen in der Sache sehr gut. Jedoch stelle sich die Frage, da Kickboxen eine sehr aggressive Sportart und sehr gewalttätig sei, welche Form des Trainings hier angeboten werde. Es gebe ja Kampfsporttraining, das nur auf das Trainieren abstelle ohne zu wissen, wie die Menschen damit umgehen sollen. Es gebe aber auch das Training, wo es um Disziplin, innere Ruhe und Entspannung gehe. Daher seine Frage, da sich für ihn auch daraus seine Entscheidung auf die Vorlage abstelle. Im Zweifel würde er den Antrag auf Vertagung stellen. **Herr Lämmerhirt** würde diese Entscheidung bedauern für den Beginn des Projektes. **Frau Adam** kenne zwar den Träger nicht, aber vermutet, da es sich um einen Budo-Club handle und es kein Kickbox-Club sei, dass das dazu gehöre. Das man damit nicht andere verletze, sondern selber Disziplin lerne, mit seinen Aggressionen umzugehen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Prohlis beschließt die Zuwendung zum Projekt gem. Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Prohlis für das Jahr 2020 i. H. v. 2.760,00 Euro.
2. Eine Förderzusage für Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 1

3 Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

3.1 Fortschreibung Kleingartenentwicklungskonzept

**V0009/19
beratend**

Herr Porstmann stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor.

An der anschließenden Diskussionsrunde beteiligen sich **Herr Kabitzsch, Frau Adam, Frau Lässig, Frau Marth, Herr Staudinger** und **Frau Löffler** mit folgende Schwerpunkten.

- Umgang mit den Flächen, die im Sinne des Bundeskleingartengesetzes genutzt werden und sich im Privatbesitz befinden;
- Bestrebungen von der Stadt diese Flächen zu kaufen und gelte das auch für die Ersatzflächen;
- Flächen, welche mit einem Pachtvertrag in einem Gartenverein gebunden sind, aber die Fläche im Flächennutzungsplan als Bauland ausgewiesen sind;
- Altersdurchschnitt der Kleingärtner;
- Gartenersatzflächen an der Reicker Straße;
- warum müssen urbane Gärten bzw. Gemeinschaftsgärten, welche sich auf städtischen Gelände befinden, teilweise höhere Pacht als Kleingärten entrichten.

Herr Porstmann geht auf die Schwerpunkte wie folgt ein.

Grundsätzlich bestehen Pachtverträge mit den Privatbesitzern, welche der Stadtverband Dresdner Gartenfreunde e. V. verwaltet. Die Landeshauptstadt Dresden hat kein grundsätzliches Bestreben, Gärten, die sich in Privatbesitz befinden zu kaufen und das gelte auch für die Ersatzflächen. Die Kleingärten auf diesen Flächen sind per Kleingartengesetz geschützt. Was auch abgestimmt sei mit dem Flächennutzungsplan, welcher ebenfalls in den letzten Jahren fortgeschrieben wurde und jetzt zur Genehmigung bei der Landesdirektion Sachsen sich befinde. Viele Flächen seien im Flächennutzungsplan übernommen worden, so dass auch dort private Nutzer ablesen können, welche Perspektive diese Flächen haben. Der Schutzstatus für die Kleingärten sei durch das Kleingartenentwicklungskonzept und dem Flächennutzungsplan eher noch erhöht wurden.

Das Kleingärten laut Flächennutzungsplan als Bauland ausgewiesen werden, sei eher die Ausnahme, da die beiden Werke aufeinander abgestimmt seien.

Zum Altersdurchschnitt könne in dem Sinne keine Aussage getroffen werden. Man habe versucht Rückläufe von den Kleingärtnern im Rahmen des Monitorings zu bekommen. Das habe nur begrenzt funktioniert. Man habe aber in regelmäßigen kommunalen Bürgerumfragen Erkenntnisse gewonnen. Deswegen habe man sich zum Erhalt des Bestandes von Kleingärten entschlossen und nicht zu einer Erhöhung der Flächen. Aufgrund dieser Aussagen lasse sich für die zukünftige Entwicklung ableiten, dass der vorhandene Bestand ausreichend sei und den Generationswechsel auffange.

Zur Gartenersatzfläche an der Reicker Straße sei anzumerken, dass diese sich links neben den Gartenbau Rülker befinde und der Wissenschaftsstandort Ost entsteht rechts neben dem Gartenbau Rülker.

Im Bundeskleingartengesetz werden Bedingungen genannt, welche die Gemeinnützigkeit fördern. Daraus ergeben sich die Differenzierung für die Pacht für Gemeinschaftsgärten, Kleingärten oder Erholungsgärten.

Beschlussvorschlag:

1. Die zweite Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes 2018 gemäß Anlage 2 zur Vorlage, inklusive der Leitlinien entsprechend Anlage 1 der Vorlage, wird bestätigt.

2. Das Kleingartenentwicklungskonzept als Fachplanung ist in die Abwägung aller städtischen Planungen, insbesondere der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung einzubeziehen.
3. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt schrittweise entsprechend den Entwicklungskategorien und den finanziellen Mitteln des zur Verfügung stehenden Amtsbudgets sowie aus Mitteln der Vorhaben Dritter.
4. Die Arbeitsgruppe „Kleingartenentwicklungskonzept“ unter Leitung des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft bleibt bestehen, begleitet die Umsetzung des Konzeptes und sichert die Aktualität der Kleingartendatenbank.
5. Das Kleingartenentwicklungskonzept ist entsprechend des Bestandes und des Arbeitsstandes der verbindlichen Bauleitplanung bei Erfordernis, spätestens vor der nächsten generellen Flächennutzungsplanänderung fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

3.2 Erwerb von Grundstücken in der Gemarkung Reick

**V0131/19
beratend**

Wegen Nichtzuständigkeit nimmt Herr Lämmerhirt die Vorlage von der Tagesordnung.

3.3 Der 3. Dresdner Bildungsbericht

**V0072/19
zur Information**

Frau Thomas und **Frau Jahn** stellen den 3. Dresdner Bildungsbericht anhand einer Präsentation vor.

Frau Lässig möchte wissen, was genau mit der Ausweitung der Bildungsstrategie gemeint sei. Gibt es Vorlagen der Landeshauptstadt Dresden, wie man das ändern will oder werde erwartet, dass die Stadträte/Fraktionen aktiv werden? Des Weiteren fehle ihr im Bildungsbericht das Thema Drogen an Schulen. Sie möchte wissen, ob es Erhebungen in der Landeshauptstadt gebe, welche Schulen das betreffe.

Herr Gilke spricht das Thema der Alleinerziehenden an und wüsste gerne, wie diese definiert werden. Weiter habe er den Eindruck, dass die im Vortrag gemachten Äußerungen zur Bildungsempfehlung für die Gymnasien eher negativ überkamen. Er sehe eine Oberschulempfehlung als gar nicht so schlecht an, weil viele Handwerksberufe kein Abitur als Grundlage bräuchten. Ein guter Realschulabschluss sei viel wert. Er würde sich wünschen, wenn die Präsentation mehr auf die Chance eingehe.

Frau Günther bittet zu erläutern, wie zum Beispiel die Johannstadt es geschafft habe sich zu verbessern. In der Johannstadt gebe es ja auch das Gebiet der Sozialen Stadt und diese erhalten eine zusätzliche Förderung. Deswegen komme Strehlen schlechter weg, weil der Teil Am Koitschgraben dazu gehöre. Damit die Stadtbezirksbeiräte erkennen können, wo Handlungsspiel-

raum bzw. Optionen sich ergeben, etwas zu verbessern. Seit Jahren werde in Prohlis dafür gekämpft eine bessere Schulstruktur zu erhalten.

Frau Thomas geht auf die einzelnen Fragen ein und beginnt mit der Anfrage von Frau Günther. In der Johannstadt habe sich viel in der Bevölkerung verändert. Auch die Stadtteile haben ihren Charakter verändert. Was hier sehr deutlich zu sehen sei, werde als Segregation bezeichnet. Wenn jetzt auf Prohlis und Gorbitz geschaut werde, muss bedauerlicherweise festgestellt werden, dass sich in diesen Gebieten nichts verändert habe. Die Menschen, die das vollziehen, was man Bildungsaufstieg nennt, ziehen weg. Hier gebe es günstigen Wohnraum und da ziehen Menschen nach, die sich anderen Wohnraum nicht leisten können. Es sei ein Gebiet, wo sich besondere soziale Lagen sammeln. In ganz konkreten Einrichtungen kumuliert das dann und im Endeffekt haben die Kinder ein Problem, weil sie von zuhause wenig Unterstützung erhalten und die Schulen überlastet seien. Die Stadtbezirke schaffen das nicht alleine, es sei ein gesamtstädtisches Problem.

Zum Thema Alleinerziehende, werden die Angaben aus der kommunalen Statistikstelle genutzt.

Zur Bildungsempfehlung gab es kürzlich eine interessante Diskussion mit einem Grundschullehrer. Der Oberschul- oder Hauptschulabschluss sei immer weniger wert. Man rede zwar über die Stärkung der Oberschule, aber wenn die Handwerkskammer gefragt werde, wer eher eingestellt werde, einen Hauptschüler oder einen Studienabbrecher, dann nehme man eher einen Studienabbrecher. Man lebe in einer Wissensgesellschaft. Bildung sei ein Wert an sich. Bildungszertifikate entscheiden darüber, welchen Zugang man in den Arbeitsmarkt bekomme. Ein Gymnasialabschluss sei auf dem Arbeitsmarkt mehr wert. Alles andere zu behaupten sei schwierig, vor allem, weil es in der Berufsorientierung und dem Arbeitsmarkt anders aussehe. Was aber Fakt sei, ist, dass die Bildungsempfehlung auf einer Lernstandkontrolle und Leistungsstandkontrolle beruhe und das dürfe man nicht außer Acht lassen. Die Bildungsempfehlung sei ja auch eine Kompetenzfeststellung. Wenn an einer Grundschule ein extrem niedriger Anteil von Kindern die Grundschule verlasse ohne Gymnasialempfehlung, dann sage es auch etwas darüber aus, mit welchen Voraussetzungen sie ihren Bildungsweg fortsetzen.

Herr Gilke erwidert, dass er sich da wahrscheinlich ungünstig ausgedrückt habe. Ihm sei schon klar, welcher Bildungsweg der bessere sei. Er denke aber, wenn immer wieder kommuniziert werde, dass das Gymnasium das Beste sei, dann fühlen sich die, die es nicht schaffen,

abgehängt. Aber es gebe ja auch die Möglichkeit im Nachgang das Abitur zu machen. Er sehe es als eine Frage der Betrachtungsweise oder des Umgangs, wie man mit diesen Kindern umgeht. Der gesellschaftliche Druck, der aufgebaut werde, der sollte nicht sein.

Herr Lämmerhirt fragt nach, ob es eine Analyse gebe, wie viele Oberschüler mit einer Bildungsempfehlung aber erst auf dem zweiten Bildungsweg ihr Abitur machen, beispielsweise mit der Fachoberschule oder dem beruflichen Gymnasium.

Frau Jahn könne sagen, dass der zweite Bildungsweg immer wichtiger werde. Eine Analyse gebe es darüber aber nicht. Die Anfrage zu Drogen an Schulen werde im Nachgang beantwortet.

Frau Lässig ergänzt, dass in ihren Recherchen festgestellt worden sei, dass die Lehrer mit dem Thema alleine gelassen seien. Und sie sehe es als erforderlich an, dass das Thema auch mit in den Bildungsbericht gehöre, um gewisse Ursachen zu erkennen.

Herr Lämmerhirt verweist auf den diesjährigen Präventionstag in Prohlis und hier werde insbesondere mit den hiesigen Schulen gearbeitet.

Frau Thomas zeigt an, dass es einen Beschluss des Stadtrates zur Bildungsstrategie gebe. Da seien Aussagen enthalten, wie weitergearbeitet werde. Das heißt, ohne eine Beteiligung des Landes werde es nicht funktionieren. Die finanziellen Mittel, die in die frühkindliche Bildung fließen, die helfen natürlich. Aber wenn an den Grundschulen die Situationen (Ressourcen, Bündelung von Kompetenzen oder ähnlichen) so bleiben wie sie seien, dann werde es keinen nachhaltigen Effekt geben. Es gebe eine Möglichkeit, an der Weiterführung zu arbeiten mit dem Stadtratsbeschluss „Ergebnisse der Einwohnerversammlung der Dresdner Johannstadt“. Dort sei die Stadt beauftragt worden an einzelnen Schulstandorten mit dem Land gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, um die Situation dort zu verbessern. Aber es gebe auch Thematiken im Bildungsbericht, wie zum Beispiel die Stadtentwicklung, die der Bildungsbereich nicht alleine lösen könne. Die Bildungsstrategie sei das Eine. Man müsse mit dem Land reden. Deswegen bestehe eine gewisse Hoffnung auf Grund des Koalitionsvertrages. Das Schulen nicht alleine gelassen werden sollten. Aber Segregation werde immer ein Thema in großen Städten bleiben.

Herr Staudinger habe den Eindruck, dass die sozialen Belange, wie sie hier dargestellt werden, sehr wohl auf das Territorium berechnet seien. Dass die Ergebnisse sich nicht nach dem Territorium richten, sondern danach, wo die Schule stehe. Wenn die Schule eben in Prohlis-Nord stehe, dann werde der Stadtbezirk mit dem Ergebnis der Schule belastet. Bei der Darstellung der vorschulischen Untersuchungen werden nur die Stadtteile genannt, die derartige Einrichtungen haben. Das bedeute aber nicht, dass in diese Einrichtung nur Bewohner dieses Stadtbezirkes gehen. In Prohlis stehen mehr Einrichtungen zur Verfügung, als aus dem hiesigen Bevölkerungsaufkommen gebraucht werde und es kommen andere aus anderen Stadtteilen dazu. Und damit seien die Ergebnisse aus solchen zufällig in einem Stadtbezirk befindlichen Einrichtungen nicht deckungsgleich mit den sozialen Verhältnissen. Bei den Schulen wissen die Eltern, wo sie ihre Kinder anmelden sollten. Sie kennen die kritischen Schulen, wobei das schon seit Jahren so sei und nicht erst mit den Migranten. Daher gebe es jährlich in der Grundschule in Leubnitz-Neuostra oder der Oberschule eine Anmeldezahl über die vorhandene Kapazität und es müssen Anmeldungen zurückgewiesen werden. Die aber im Gebiet wohnenden Eltern verstehen dann nicht, warum sie ihr Kind an eine der „kritischen Schulen“ anmelden sollen. Es wäre interessant zu wissen, woher die Kinder tatsächlich kommen, die in den Schulen angemeldet wurden um damit eine bessere Aussage im sozialen Bereich zu bekommen.

Frau Löffler sehe, dass eine Menge in der frühkindlichen Bildung schon passiert sei. Dennoch müsse man sich ehrlich eingestehen, dass im Bereich der Bildung in Sachsen über eine lange Zeit Versäumnisse in der Bildungspolitik geschehen seien. Es seien alles keine neuen Fakten und die Ursachen seien komplex. Und genauso komplex müssten die Lösungen sein. Sie wünsche sich, dass die Bildungspolitik im Land wie in der Stadt einen hohen Stellenwert erhalte.

Frau Marth möchte wissen, warum es nicht an allen Schulen stadtweit VKA-Klassen gebe. Sie verstehe eben nicht, dass die Schulen, die das schwierigere soziale Klientel haben, keinen anderen Lehrerschlüssel haben. Vielleicht gebe es über das eine oder andere Projekt mehr Unterstützung, beispielsweise mit Sozialarbeit oder partizipieren über die Bildungsstrategie oder über das Projekt „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“. Aber dass man das nicht zentral an allen Schulen etabliere. Die 47. Grundschule sei neu saniert, warum seien da keine VKA-Klassen? Wo hingegen in der 129. Grundschule Kinder von der halben Altstadt hingelenkt werden. Das sei doch vollkommen absurd und obwohl es Grundschulbezirke von 2 km gebe. Da finde eine Steuerung statt, die die Segregation noch unterstütze. Seitens der 68. Grundschule sei mehrfach

signalisiert worden, dass sie Kinder für die VKA-Klassen nehmen würde, aber es erfolge keine Zuweisung vom Landesamt für Schule und Bildung.

Herr Genschmar meint, dass Sachsen gegenüber anderen Bundesländern eine gute Bildung habe, wenn man PISA und die anderen Studien betrachte. Natürlich solle man immer davon ausgehen, es noch besser zu machen. Er möchte wissen, ob es eine Statistik für alle Dresdner Schulen gebe, wie die Anzahl der VKA (DAZ)-Kinder sei und ob man diese bekommen könne. Er denke, daraus lasse sich sehr gut die farbliche Darstellung erklären. Wenn über 30 oder 50 Prozent an den Schulen VKA-Kinder seien, gebe es natürlich größere Probleme als vielleicht in Striesen, wo der Anteil nur 5 oder 10 Prozent sei. Er hätte gerne eine Auflistung aller Grund- und Oberschulen in Dresden mit dem Anteil an VKA-Kindern in der jeweiligen Schule.

Frau Thomas zeigt an, dass es die statistische Erhebung zu den VKA-Klassen gebe. Diese sei bis 2016 im Bildungsbericht vorhanden. Es gebe eine sehr ungleiche Verteilung. Was sich hier in Prohlis zeige, das gebe es auch in anderen Stadtteilen, zum Beispiel in Gorbitz. Es gebe nicht nur eine ungleiche Verteilung stadtweit, sondern auch innerhalb von Grundschulbezirken. Begründen lasse sich dieses damit, dass es sehr gefragte Schulen gebe und die die nicht so anerkannt seien. Durch die Grundschulbezirksregelung sei es noch etwas ausgeglichener. Im Bildungsbericht sei dargestellt, wie das Anmeldeverhalten bei bestimmten Schulen und deren Kapazität sei. Da sei es von der Schulaufsicht die einfachste Lösung, die VKA-Klassen dort unterzubringen wo Platz ist. Weil sich die Schulaufsichtsbehörde eine Menge Ärger einhandeln würden, wenn sie die Aufnahmekapazität bei einer gut gefragten Schule beschränken würden.

Herr Genschmar erwidert, dass ständig darüber geredet werde, dass man in einer toleranten, weltoffenen Gesellschaft lebe. Die meisten Aktionen kämen aus Striesen, privaten Schulen, Kreuzgymnasium etc. Wenn es eine gerechte prozentuale Aufnahme dieser Kinder in den Stadtgebieten geben würde, dann könnten diese Menschen mal zeigen, wie tolerant und weltoffen sie seien. Wenn es nach ihm ginge, dann würde eine Förderung unter anderem an die Aufnahme von VKA-Kindern geknüpft werden.

Frau Lässig fragt nach, ob die Landeshauptstadt Dresden die Möglichkeit habe, mittels einer Vorlage die Aufnahme von zum Beispiel zehn Prozent von VKA-Kindern an jeder Schule zu fordern.

Frau Thomas werde die Anfrage mitnehmen.

Herr Lämmerhirt merkt an, dass man hier nichts ändern werde. Bildung sei in erster Linie Sache des Landes, aber das Zusammenspiel zwischen Freistaat Sachsen und Landeshauptstadt Dresden ist eminent wichtig. Wenn die Landeshauptstadt Dresden so einen Bildungsbericht vorlegt, sei das auch ein Handlungsfaden für die Entscheidungsträger in Stadt und Land.

Frau Günther spricht den Gesetzesentwurf zur Einführung von Gemeinschaftsschulen an und möchte gerne wissen, ob es schon Überlegungen gebe, wo diese eingerichtet werden könnten. Sie sehe in diesem Schulmodell sehr große Chancen für Stadtteile, wo soziale Benachteiligungen vorhanden seien und möchte dafür werben, dass Prohlis als Standort mit vorgedacht werde.

Frau Thomas teilt mit, dass es dazu Gespräche gab, dass man das nicht dem Selbstlauf überlasse. Die Stadt mache sich darüber Gedanken, wo es aus kommunaler Sicht sinnvoll wäre. Natürlich gebe es dazu noch keine endgültige Positionierung.

Herr Lämmerhirt bittet Frau Thomas die Idee erst einmal mitzunehmen. Er sehe die 121. Oberschule und die 122. Grundschule als geeignet dafür an.

4 Anträge zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

4.1 Verkehrliche Situation im Lockwitzgrund

**A0614/19
beratend**

Herr Genschmar stellt den Antrag vor und begründet diesen.

Herr Lämmerhirt übermittelt die Stellungnahme der Verwaltung. Diese habe grundsätzlich keine Bedenken und dass die Verkehrsregelungen eingehend geprüft werden. Im September 2019 wurde durch Frau Dr. Härtling eine Anfrage an den Stadtbezirksamtsleiter gerichtet. Seitens des Straßen- und Tiefbauamtes werde ausgeführt, dass es keine Unfallhäufungsstelle gebe. Im August 2019 habe es Geschwindigkeitsmessungen gegeben seitens des Ordnungsamtes, es seien nur wenige Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt worden. Zur damaligen Zeit wurde daher eine Geschwindigkeitsbeschränkung abgelehnt. Weiterhin könne mitgeteilt werden, dass derzeit geprüft werde, die Haltestelle Söbrigauer Weg, stadteinwärts, barrierefrei auszubauen. Wie weit es den Gehweg mit betreffe, da sei die Planung noch nicht abgeschlossen.

Frau Adam gibt eine Bemerkung an die Verwaltung, dass die Messungen nicht gerade im August/in den Sommerferien passieren sollten.

Herr Leidel sehe ebenfalls die Kontrolle als eine geeignete Maßnahme an, da die Verkehrsschilder nicht wirklich die Beachtung der Geschwindigkeitsbeschränkung regeln. Jedoch sehe er die Gestaltung des Gehweges in diesem Bereich als zwingend notwendig.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Umfassend über die verkehrliche Situation und das Unfallgeschehen auf der Straße „Lockwitzgrund“ zwischen Sportplatz „BSV Lockwitzgrund“ und Autobahnbrücke sowie über die Baupläne für diesen Abschnitt zu berichten.
2. Bis zu einer baulichen Fertigstellung des Fußweges zwischen „Am Galgenberg“ und „Lockwitzgrund Haus Nr. 100“ (Priorität 1 aus dem Gehwegprogramm der Landeshauptstadt Dresden) die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 für den Abschnitt zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 1

4.2 Digitalisierung in Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten

**A0028/20
beratend**

Herr Gilke stellt den Antrag vor und begründet diesen.

Herr Lämmerhirt geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Seitens der Verwaltung sei der Antrag unschädlich, da der Prozess schon laufe. Aber es betreffe eben nicht nur 70 Personen,

wie beim Stadtrat, sondern es werde von insgesamt 268 Personen gesprochen. Die Verwaltung werde dies in zwei Stufen einführen. In der ersten Stufe werde es für jeden eine städtische E-Mail-Adresse geben. Die Einrichtung koste 830,00 Euro im Monat. In der zweiten Stufe erfolge dann die technische Ausstattung. Hierfür werde für 2021 im städtischen Haushalt ein Mehrbedarf angemeldet. Dieser belaufe sich nach jetziger Berechnung auf 34,00 Euro/Gerät, im Jahr seien dies 110.000,00 Euro. Die Verwaltung werde dies so anmelden und für den Haushaltsabschluss seien die Damen und Herren Stadträte gefragt.

Herr Genschmar werde den Antrag unterstützen. Er sehe es als eine absolute Verbesserung für die tägliche Arbeit.

Herr Berndt möchte wissen, wie die Kosten derzeit aussehen für die Bereitstellung der Unterlagen.

Herr Schmidt spricht einen Pressartikel an, in dem mit Beendigung der letzten Legislaturperiode darüber berichtet wurden sei, was die Einführung der Ipads tatsächlich an Einsparungen gebracht habe. Er meine sich zu erinnern, dass es zu Papiereinsparungen gekommen sei aber kostentechnisch nicht. Die Lizenzkosten für die Mandatos-App seien sehr hoch. Er möchte wissen, ob für die Mandatos-App eine Pauschale gezahlt werde oder ob das in Abhängigkeit der Nutzer erfolge.

Herr Lämmerhirt zeigt an, dass eine Digitalisierung nicht immer nur eine Einsparung sei. Wenn man nur die Kosten-Nutzen-Rechnung mache, dann sei dies noch preiswerter. Ob es nachhaltig und ökologisch sinnvoll sei, das wage er zu bezweifeln.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum 31.06.2020 ein Konzept zur Digitalisierung der Arbeit der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte zu unterbreiten. Dabei soll die Nutzung bestehender Applikationen der papierlosen Arbeitsweise des Stadtrates angestrebt werden. Für die Finanzierung sind vorrangig nicht verausgabten Mitteln der Stadtbezirksbeiräte als Deckungsvorschlag vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9 Nein 5 Enthaltung 2

5 Hinweise und Anfragen der Stadtbezirksbeiräte

Frau Adam fragt an, ob es die Möglichkeit der Parkplatzkennzeichnung an der Bertzdorfer Straße 18 - 26 gibt? **Herr Lämmerhirt** nimmt die Anfrage mit.

Frau Günther möchte wissen, was die Reinigung des Obeliskens in Nickern gekostet habe. **Herr Lämmerhirt** teilt mit, dass noch nicht alle Schäden behoben seien und erst wenn alle Kosten vorliegen, er darüber informieren werde.

Herr Staudinger spricht die mit Misteln verseuchten Bäume an der Reicker Straße an. Er möchte wissen, ob etwas dagegen getan wird. **Herr Lämmerhirt** zeigt an, dass die Eingriffsmöglichkeiten für die städtischen Bäume gegeben seien und da werde viel getan. Im privaten Bereich fordere

das Umweltamt die Eigentümer von stark geschädigten Bäumen auf, etwas zu tun. Jedoch sei nicht bekannt, wie die rechtlichen Handhabe dazu aussehe. Er werde die Anfrage mitnehmen.

Herr Schmidt wurde von Bürgern angesprochen, dass auf der Nickerner Straße im Teil nach Altnickern/oberhalb von POCO doch die Stadtreinigung mal lang fahren sollte und eine regelmäßige Reinigung erfolgen könnte. Er fragt nach der Straßengebührensatzung, welche früher dem Stadtbezirksbeirat auch vorgelegt wurde. **Herr Lämmerhirt** bestätigt, dass dies im letzten Jahr nicht erfolgt sei. Er werde nachfragen, ob die Straßengebührensatzung wieder dem Stadtbezirksbeirat vorgelegt wird. Auch müsse er prüfen lassen, ob die benannte Straße darin enthalten ist. Nach Mitteilung von **Herrn Schmidt** sei ihm angezeigt worden, dass es noch nie eine Straßenreinigung gegeben habe. Da sei die Lage anders zu bewerten, weil die Straße dann wahrscheinlich nicht in der Straßenreinigung aufgenommen sei und das Ordnungsamt gebeten werden müsste, die Anlieger auf ihre Anliegerpflichten hinzuweisen, so **Herr Lämmerhirt**.

Herr Schneider spricht die Baustelle auf der Uhdestraße bis zum Kreuzungsbereich an und bittet um Information. Wenn in der 116. Oberschule ein Elternsprechtag stattfindet, dann sei absolutes Chaos. Als Anwohner finde man keinen Parkplatz mehr. Die Durchfahrt sei nicht möglich und letztens kam der Rettungsdienst mit Blaulicht und Notarzt und die kamen noch nicht einmal auf die Uhdestraße, weil alles zu war. Er fände es schön, wenn die DREWAG sich etwas beeilen könnte. **Herr Lämmerhirt** erläutert, dass es erst eine Maßnahme der Stadtentwässerung gewesen sei. Danach habe die DREWAG die Trinkwasserleitung erneuert und das seien komplexe Maßnahmen, welche Einfluss auf die Feuerbachstraße und das gesamt Gebiet haben. Das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft plane auf der westlichen Gehwegseite, im Abschnitt von Rembrandtstraße bis Spitzwegstraße, nach der Gehwegsanie rung durch das Straßen- und Tiefbauamt, zehn Straßenbäume zu pflanzen. Über die bestehenden Haushaltsmittel des Fachamtes könne dies nicht finanziert werden, er werde daher in der nächsten Sitzung eine Vorlage zur Finanzierung der Baumpflanzungen über das Stadtbezirksbudget einbringen. Letztendlich könne er nur an die gegenseitige Rücksichtnahme aller appellieren.

Herr Schmidt geht auf die Baumaßnahme auf der Teplitzer Straße ein, welche sich gefühlt auch eine Ewigkeit hinziehe. Was passiere dort? **Herr Lämmerhirt** werde sich informieren.

Herr Haßler bittet mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Baumaßnahme auf der Gamigstraße auch wirklich im März 2020 beendet wird. Der Bau ziehe sich nun schon mehr als ein Jahr hin. **Herr Lämmerhirt**, die Alternative wäre eine Sperrung der Kreuzung sowohl Reickerstraße/Mügelner Straße als auch der Dohnaer Straße gewesen. Die Auswirkungen der Einengung nur einer Spur jeweils für eine Woche auf der Dohnaer Straße habe man gesehen.

Herr Raport zeigt an, dass der Marktplatz am Wasaplatz immer noch als Parkplatz genutzt werde. **Herr Lämmerhirt** habe erst heute eine Bürgerbeschwerde eines Händlers bekommen. Vor 14 Tagen habe das Ordnungsamt kontrolliert er könne nicht verstehen, warum es da ein Knöllchen gab. Fakt sei, dass es eine gewidmete Stadtplatzfläche ist. Man habe ihn als Marktplatz gewidmet. So stehe es auch in der Satzung. Die Fahrradständer seien aufgestellt. Nun fehlen noch die Bänke. Ziel sei es bis März 2020 diese aufzustellen. Man hoffe, damit dem Problem entgegen zu können, ansonsten müsse man mit weiteren Sanktionen reagieren.

In der Beschlusskontrolle zur V-Pro00013/19 „Zusammenrücken in Prohlis - Unterstützung Nachtcafé für Obdachlose in den Wintermonaten“ werde die Summe von 2.500,00 Euro aufgeführt. Habe man nicht damals eine Summe von 10.000,00 Euro beschlossen? **Herr Lämmerhirt** sichert die Korrektur zu und bestätigt, dass das Nachtcafé 10.000,00 Euro bekommen habe.

Am Abzweig Teplitzer Straße Wilhelm-Franke-Straße befindet sich ein grüner Abbiegepfeil. Die Fahrzeuge kommen ohne Geschwindigkeitsveränderung in den Kreuzungsbereich und der Fußgänger könnte Probleme bekommen, da dieser auch grün angezeigt bekomme. **Herr Lämmerhirt** werde den Sachverhalt in die Revierrunde mitnehmen. Hier handle es sich um den fließenden Verkehr und das sei nicht Sache des Ordnungsamtes, sondern der Polizei.

Herr Gilke spricht die nicht mehr genutzten Schienen auf der Wasastraße an. Er möchte wissen, wann damit gerechnet werden könne, dass die DVB die Schienen entferne und damit eine Verbesserung der Straße erfolge. **Herr Lämmerhirt** zeigt an, dass der Baubeginn für Juni 2020 avisiert sei und es werden nicht nur die Schienen entfernt, sondern die komplette Straße, Gehweg und Parkbuchten werden erneuert. Ebenso der Straßenstumpf am Gustav-Adolf-Platz.

Herr Genschmar fragt nach, es habe von ihm mal eine Anregung mit nachfolgenden Beschluss für die Installation einer Signalanlage an der Tschirnhausstraße Autobahnauffahrt Richtung Pirna gegeben. **Herr Lämmerhirt** bestätigt dies, die Straßendirektion habe den Auftrag, die Maßnahme soll in diesem Jahr umgesetzt werden.

Frau Lässig geht auf den Rückbau der Kleingärten gegenüber von Altstrehlen 1 ein. Hier sei erst nach 2 Wochen das Bauschild aufgestellt worden. Jetzt stehe das Bauschild mit dem Hinweis des Rückbaus und Beräumung von ehemaligen Gartengrundstücken und Renaturierung des Kaitzbaches. Sie verstehe nicht, warum die Beschilderung nicht mit Baubeginn aufgestellt wurde. **Herr Lämmerhirt** könne dies auch nicht beantworten, zuständig dafür sei die Baufirma.

Frau Apfelbaum bittet um die Übersicht der Ausgaben vom Stadtbezirksbudget 2019. Des Weiteren sei sie erneut angesprochen worden, dass die Feuerwehrezufahrt an der Prohliser Allee regelmäßig zugestellt werde. **Herr Lämmerhirt** werde die Anfrage an das Ordnungsamt weiterleiten.

6 Informationen des Stadtbezirksamtsleiters/Sonstiges

Herr Lämmerhirt gibt den Beschluss V-Pro00014/20 bekannt. Dem Antrag wurde nicht widersprochen. Demzufolge wurde dem Antrag zugestimmt. Der Beschluss V-Pro00015/20 wird bekannt gegeben. Auch hier wurde dem Antrag nicht widersprochen und gilt als zugestimmt.

Weiterhin informiert er über die Entwicklung der Unterbringung Asyl und Flüchtlinge im Stadtbezirk Prohlis. Zum Stichtag 31.12.2019 seien 152 Personen in den beiden Einrichtungen untergebracht. Dezentral seien es 541.

Zur Neuen Walddorfschule könne informiert werden, dass sich dazu eine Verwaltungsvorlage im Geschäftsgang befinde. In der Presse wurde darüber berichtet, dass die freien Träger die beantragten Finanzmittel bekommen sollen. Das heißt, die Neue Walddorfschule bekomme 8,292 Mio. Euro. Eine Beschlussfassung im Stadtrat sei für März 2020 vorgesehen. Darüber hinaus sollen aus dem Bildungspaket des Freistaates Sachsen in der Förderperiode 2019 bis 2023 die Kita Rudolf-Bergander-Ring und das Förderzentrum Albert-Schweitzer eine Förderung erhalten.

Ausgereicht wurden die aktuellen Informationen des Stadtbezirksamtes Prohlis und das Protokoll des Arbeitskreis ÖPNV vom 19.01.2020.

6.1 Informationen von der Bürgerversammlung - Spielplatz Leubnitzer Höhe

Herr Lämmerhirt informiert über die Bürgerversammlung zur Grünanlage Leubnitzer Höhe, welche am 06.02.2020 stattfand. Sie sei gut besucht gewesen.

Nach der Förderung des Stadtbezirksbeirates in 2019 für Planungsleistungen, aber auch nach den Anregungen des Siedlervereins habe das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft die gesamte Grünanlage einer Prüfung unterzogen. Man hatte sich ja ursprünglich nur auf die Errichtung eines Spielplatzes verständigt, dass sei aber letztlich zu kurz gedacht. Im Winter habe man bereits Pflegeschnitte veranlasst, die viele Jahre unterlassen wurden. Auch bei den Bäumen habe man einen starken Todholzschnitt vorgenommen.

Einerseits wolle man etwas für die Kinder schaffen, wobei der Spielplatz bis maximal 12 Jahre sei. Aber auch über die Überlegung zu einem Angebot für Outdoor-Fitness habe man gesprochen, sprich für die 5- bis 99-Jährigen. Beim Thema Outdoor-Fitness gingen die Meinungen in der Bürgerversammlung auseinander. Man müsse sehen, wie damit umzugehen ist.

Ein Zugang im Nordwesten solle neu hinzukommen. Auch habe man etwas für die Senioren schaffen wollen und Bankplätze in ruhigeren Bereichen angeordnet. Davor soll der südwestliche Zugang mit Blühbeeten ergänzt werden. Des Weiteren soll der Vorplatz mit Baumbepflanzungen gestaltet werden, um damit dem unregelmäßigen Parken entgegen zu wirken. Das sogenannte Apfelhaus, als Klettervariante mit einer Rutsche, resultiere aus den Beteiligungsprozessen. Weiterhin habe man festgestellt, dass die Wege dringend einer Überarbeitung bedürfen. Und beim Müllstandort/dem Müllcontainerstellplatz überlege man derzeit, die Pappcontainer wegzunehmen, die Prüfung dazu sei noch nicht abgeschlossen. Wichtig sei den Anwohnern bei der Spielwiese gewesen, einen kleinen Zaun anzubringen, damit Bälle und naheilenden Kinder von der Straße abgehalten werden. Das alte Wartehäuschen auf der Leubnitzer Höhe werde auch noch abgerissen. Die Kosten für die Einhausung der Müllcontainer werde vom Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft übernommen. Die Abrisskosten für das alte Haus solle die DVB AG tragen.

Im letzten Jahr habe der Stadtbezirksbeirat dem Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft 60.000,00 Euro für den Bau des Spielplatzes in Aussicht gestellt. Da der Arbeitsumfang sich nach jetziger Betrachtungsweise auf die gesamte Grünanlage erweitert habe, sei ein erweiterter Finanzbedarf entstanden. Herr Lämmerhirt bittet, weitere 20.000,00 Euro aus dem Budget des Stadtbezirksbeirates zur Verfügung stellen. Dazu werde er bis zur nächsten Sitzung dem Stadtbezirksbeirat eine untergesetzte Vorlage vorlegen.

Herr Schmidt fragt an, welche Kosten vom Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft noch übernommen werden? Nur die Einhausung der Müllcontainer zu übernehmen, halte er für sehr wenig, aber vielleicht gebe es da noch weitere Möglichkeiten. Die Outdoor-Fitnessgeräte finde er persönlich gut, aber er habe in der Bürgerversammlung den Eindruck gehabt, dass man das nicht zwingend machen müsse. Die Überlegung wäre hier, diese zu einem späteren Zeitpunkt zu bauen, zum Beispiel im nächsten Jahr, finanzieren könne man es ja dann auch aus dem Stadtbezirksbudget, vielleicht gebe es auch noch andere finanzielle Mittel aus der Stadt.

Frau Günther fände es gut, wenn künftig zeitnah zwischen einer Bürgerversammlung und der Stadtbezirksbeiratssitzung die Informationen bzw. Präsentationen an die Stadtbezirksbeiräte verschickt werden. Es sei ja unstrittig, dass der Park aufgewertet werden soll, auch von der Herangehensweise sei alles richtig gelaufen. Es gab eine umfassende Bürgerbeteiligung, aber einige Bürger seien nicht zufrieden mit dem, was dort passiert. Das Fällen einer Birke vor einigen Tagen habe für neuen Unmut gesorgt. **Herr Lämmerhirt** erklärt, dass das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft keinen gesunden Baum fällen würde. Eher würde der Spielplatz verrückt werden. **Herr Staudinger und Herr Schmidt** können die Äußerungen von Frau Günther nicht nachvollziehen. Es gab ein oder zwei Familien, die sich gegen die Neugestaltung des Parks ausgesprochen haben. Auch **Herr Genschmar** zeigt sein Unverständnis darüber. Es sei bekannt, dass das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft nicht grundlos Bäume fällt und es gebe Situationen, wo die Stadtbezirksbeiräte der Verwaltung beistehen sollten. **Herr Lämmerhirt**: In der Versammlung habe er sich geäußert, dass man in einer Gemeinschaft lebe. Was er bisher auch noch nicht gehabt habe sei, dass ihm im Vorfeld eine Unterschriftensammlung mit über 100 Unterschriften zur Errichtung des Spielplatzes überreicht wurde. Am Ende müsse man das Einzelwohl zum Gemeinwohl sehen und dann schauen, für was man als Stadtbezirksbeirat angetreten sei. Herr Lämmerhirt werde die Vorlage mit einer Erhöhung auf 80.000 Euro erstellen, damit in diesem Jahr noch eine Umsetzung möglich wird. Auch sollen die gesamten Maßnahmen der Pflege mit ausgearbeitet werden.

Der Stadtbezirksbeirat stellt in Aussicht, dem so zuzustimmen.

- 6.2 Bekanntgabe der V-Pro00014/20 - Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Prohlis, hier: Büroausstattung für fabi-Familienbildung im VSP e. V.**
- 6.3 Bekanntgabe der V-Pro00015/20 - Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Prohlis, hier: Adventsmarkt in Prohlis-Teilprojekt Kinderkarussell**

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Marion Schröder
Schriftführerin

Heike Löffler
SBR-Mitglied

Heinrich Raport
SBR-Mitglied